

Ost-Ökumene in Österreich

Die Tätigkeit der Stiftung „Pro Oriente“

Wenngleich „das Anliegen der Wiederversöhnung aller Christen in der Einheit der einen und einzigen Kirche die menschlichen Kräfte und Fähigkeiten übersteigt“ – so das Zweite Vatikanische Konzil (Dekret über den Ökumenismus 24) –, so erscheinen die Bemühungen der im Jahre 1964 in Wien gegründeten Stiftung „Pro Oriente“ um die Ost-Ökumene von Ort und Zeitpunkt her doch besonders begünstigt. Auf dem Weg von den einleitenden Versöhnungsschritten hin zum theologischen Dialog mit den von Rom getrennten Ostkirchen hat „Pro Oriente“ einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Intentionen des Konzils gegenüber den Christen der östlichen kirchlichen Traditionen – unter anderem auch aufgrund der historischen, geographischen und geistigen Nähe Wiens zum Osten Europas – geleistet.

Die Chancen zum Osten genutzt

Im Kreise der Herausgeber der damals wohl bedeutendsten katholischen Kulturzeitschrift in Österreich „Wort und Wahrheit“ wurde im Zuge der Überlegungen, für die Zeitschrift auch im europäischen Osten einen gewissen Verbreitungsraum zu schaffen, die Idee geboren, eine Institution zur Pflege der Beziehungen zum ostkirchlichen Bereich – mit dem Erzbischof von Wien, Kardinal *Franz König* an der Spitze – zu gründen. Die Sensibilität des Wiener Erzbischofs für die Lage der Christen in den östlichen Nachbarländern Österreichs war schon damals bekannt und trug ihm den Ruf ein, eine Art „päpstlicher Geheimdiplomate“ für besondere Aufgaben zu sein. In der historischen Einschätzung seines Wirkens dürfte diese Akzentsetzung vermutlich einmal eine wesentliche Rolle spielen. Aber es mußten auf diesem Wege erst neue Formen entwickelt, Schritte und Methoden erprobt werden. So galt als eines der grundlegenden Prinzipien, von Monsignore *Otto Mauer*, einem der „Wort und Wahrheit“-Herausgeber, im Stiftungsbrief verankert, daß der Ökumenismus als Herrengebot für die Kirche zu essentiell sei, um als Instrument kirchenpolitischer Fraktionen mißbraucht zu werden. Sehr schnell stellte sich damals heraus, daß die Chancen, von Wien aus auf dem Wege inoffizieller Kontakte, Beziehungen zu entwickeln, sehr viel größer waren, als man gedacht hatte, daß Offenheit und Bereitwilligkeit der Partner dafür unterschätzt worden waren. Heute greifen auch offizielle kirchliche Stellen gerne auf den nunmehr 18jährigen Erfahrungsschatz von „Pro Oriente“ zurück – ständig in Kontakt mit den zuständigen römischen Stellen, aber immer unabhängig von ihnen, entwickelten sich die Beziehungen der Stiftung.

Die Zeitschrift „Wort und Wahrheit“ bildete, solange sie existierte, eine Art Bindeglied insofern, als sie eine literarische Brückenfunktion übernahm: ostchristliche Wissenschaftler und Theologen kamen in der Zeitschrift zu

Wort, westliche Theologie wurde nach dem Osten verbreitet.

Nach den Statuten befaßt sich die Stiftung ausschließlich mit den *orthodoxen Ostkirchen* und den sogenannten *nicht-chalzedonensischen Ostkirchen* (den altorientalischen Kirchen der Syrer, der Syro-Indier, der Kopten, der Äthiopier und der Armenier, die das Konzil von Chalkedon 451 nicht anerkennen). Sie hat weder Kontakte zu den unierten Katholiken der östlichen Riten noch zu den Emigrationskirchen, die mit ihren Mutterkirchen in Streit stehen. Es werden aber Veranstaltungen gemeinsam mit den evangelischen Kirchen durchgeführt, und mit ihnen ebenso wie mit den Altkatholiken von Zeit zu Zeit Informationsgespräche geführt. In regelmäßigen Abständen gibt es auch Gespräche mit den Vertretern der in Wien bestehenden orthodoxen Kirchengemeinden.

Nicht nur die geographische (räumliche) Nähe und politische Lage (Neutralitätsstatus) prädestinieren Wien für seine Funktion, auch die *historische Entwicklung* schuf für die Stadt günstige Voraussetzungen. Während der Kämpfe des Habsburgerreiches gegen die Türken hatten sich viele aus dem Osten geflüchtete Christen in Wien niedergelassen, hier das Recht zur Religionsausübung bekommen – so besonders Serben und Armenier –, sie wurden hier ansässig, und es gab gute gegenseitige Beziehungen.

Wenn in den Statuten als Zweck der Stiftung die „Förderung wissenschaftlicher Forschung sowie einschlägiger Publikationen und Kontakte“ angegeben wird, so schließt dies auch die Vertiefung der ökumenischen Gesinnung und die Unterstützung ökumenischer Aktivitäten in Österreich ein.

Als Organ von „Pro Oriente“ fungieren ein höchstens 50köpfiges Kuratorium mit dem jeweiligen Erzbischof von Wien als Vorsitzenden und ein vom Kuratorium für vier Jahre gewählter Vorstand mit dem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten, dem Generalsekretär und höchstens sieben weiteren Mitgliedern sowie einem Fachtheologen, der den Stiftungsfond leitet und dem Kuratorium gegenüber verantwortlich ist. Konsultoren können den Vorstand in bestimmten Fragestellungen beraten, außerdem können ständige Kommissionen aus dem Bereich der Konsultoren vom Vorstand zur Behandlung bestimmter Probleme eingerichtet werden. Derzeit gibt es eine ständige Kommission für katholische Theologie, für orthodoxe Theologie und für altorientalische Theologie. Der erste Präsident war der damalige Unterrichtsminister *Heinrich Drimmel*, ihm folgte – nun schon in der dritten Amtsperiode – *Theodor Piffel-Perčević*, ebenfalls ehemaliger Unterrichtsminister.

Der Stiftungsfonds finanziert sich ausschließlich aus von den Kuratoriums- und Vorstandsmitgliedern aufgebrachten Summen, nicht aus kirchlichen Geldern. Zu den *jährli-*

chen Spenden kommen Subventionen der Bundesministerien für Unterricht und Kunst, Wissenschaft und Forschung, des Außenministeriums (es entstehen immerhin wichtige Auslandskontakte), aber auch des wissenschaftlichen Fonds der Österreichischen Nationalbank bei der Veröffentlichung von Publikationen über Veranstaltungen sowie Subventionen einzelner osteuropäischer Landesregierungen.

Das Kernstück: die Wiener Konsultationen

Zu den wichtigsten Aktivitäten der Stiftung seit ihrer Gründung zählt zunächst die *Aufnahme ökumenischer Beziehungen zur rumänischen Orthodoxie*. Die Beziehungen zur rumänischen Nationalkirche sind durch die Zwangsintegration der rumänischen Katholiken des östlichen Ritus in die orthodoxe Kirche belastet. Als erster römischer Kardinal besuchte Kardinal König 1967 Rumänien, im Jahr darauf Patriarch Justinian Wien. Stipendienaustausch, Gastvorlesungen, Besuche in Rom und aus Rom halfen schließlich die Widerstände gegenüber dem theologischen Dialog überwinden, der 1980 dann auf Patmos und Rhodos offiziell aufgenommen wurde.

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre gaben die 14 autonomen orthodoxen Kirchen, untereinander in Kirchengemeinschaft und mit dem ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel an der Spitze, die nur alle gemeinsam mit der katholischen Kirche den Dialog aufnehmen wollten und die Zeit als noch nicht reif dafür ansahen, Signale einer Sinnesänderung. In inoffiziellen Kontakten wurden 1974 einzelne Theologen ad personam – und nicht als Vertreter der Kirchenleitungen – zum „Inoffiziellen ekklesiologischen Kolloquium Koinonia“ nach Wien eingeladen, das so zum Vorläufer des sechs Jahre später beginnenden offiziellen theologischen Dialogs zwischen Rom und den orthodoxen Kirchen wurde.

Das wichtigste bisherige Einzelergebnis der Arbeit von „Pro Oriente“ ist aber vermutlich die Veranstaltung der vier *Wiener Konsultationen*, der Gespräche mit den fünf altorientalischen Kirchen.

Die Erste dieser Konsultationen vom 7. bis 12. September 1971 war dem Konzil von Chalkedon und den Gründen für das Schisma gewidmet, an ihr nahmen 18 Theologen teil, außerdem P. John Long SJ als Beobachter des römischen Einheitssekretariates. Bei der Zweiten Wiener Konsultation waren 17 Theologen anwesend, außerdem wieder P. John Long SJ als Beobachter; sie dauerte vom 3. bis 9. September 1973 und beschäftigte sich mit der Rezeption der Ökumenischen Konzilien, der Unfehlbarkeit der Kirche und christologischen Problemen. Die Dritte fand vom 30. August bis 5. September 1976 unter Teilnahme von 31 Theologen statt, zu denen als Beobachter des Einheitssekretariates Prälat Charles Moeller und als Beobachter des Ökumenischen Patriarchates Bischof Basilios Tsiopanas von Aristi kamen. Ihre Thematik war Einheit und Vielfalt in der Kirche und Bedeutung und Au-

torität von Konzilien für die Einheit der Kirche. In der Vierten Wiener Konsultation vom 11. bis 17. September 1978 ging es um den Primat des Papstes und die Art seiner Ausübung, es nahmen 35 Theologen daran teil, für das Einheitssekretariat Msgr. Nikolaus Wyrwoll.

Die theologisch bedeutendsten und ökumenisch aufgeschlossensten Vertreter östlicher Kirchen wurden – als private Experten – nach Wien eingeladen. Gemeinsam wurde die später ungenau so genannte „*Wiener christologische Formel*“ erarbeitet, die die wechselseitig erhobene Anschuldigung des Monophysitismus (gegen die Altorientalen) bzw. des Nestorianismus (gegen die Katholiken) ausräumte und an deren Zustandekommen der nachmalige koptische Patriarch von Alexandria *Shenouda III.* großen Anteil hatte.

In dieser „Wiener christologischen Formel“ heißt es: „Wir glauben, daß unser Gott und Erlöser, Jesus Christus, Gottes fleischgewordener Sohn ist; vollkommen in seiner Gottheit und vollkommen in seiner Menschheit. Seine Gottheit war von seiner Menschheit nicht einen Augenblick getrennt. Seine Menschheit ist eins mit seiner Gottheit, ohne Vermischung, ohne Vermengung, ohne Teilung, ohne Trennung. Im gemeinsamen Glauben an den einen Herrn Jesus Christus betrachten wir sein Geheimnis als unausschöpflich und unaussprechbar, für den menschlichen Geist weder voll zu verstehen noch auszudrücken.“

Wir stellen fest, daß es aufgrund unserer verschiedenen kirchlichen und theologischen Traditionen noch Unterschiede in der theologischen Interpretation des Christumysteriums gibt. Wir sind überzeugt, daß trotzdem die beiderseits verschiedenen Formulierungen als dem Geist von Nikaia und Ephesus entsprechend interpretiert werden können.

Trotz der Feststellung, daß es verschiedene theologische und dogmatische Ausdrucksweisen in der Interpretation des Christumysteriums geben kann, wollen wir alle gemeinsamen Anstrengungen ermutigen, die auf ein tieferes und umfassenderes Verständnis dieses Mysteriums in Übereinstimmung mit unseren verschiedenen kirchlichen Traditionen hinzielen.“

Dieses „Konsensergebnis“ wurde durch die in Rom abgegebenen Erklärungen der Patriarchen von Antiochien 1971 und von Alexandrien 1973 kirchenoffiziell bestätigt. Es waren dies zugleich die ersten Besuche der Inhaber dieser Patriarchensitze in der Neuzeit in Rom.

Mitbeeinflusst von den vier Konsultationen war auch die *Aufnahme des offiziellen theologischen Dialogs zwischen den Kopten und Rom*. Darüber hinaus wurde durch die Einladung chalzedonensisch-orthodoxer Beobachter zu den Konsultationen der Eindruck vermieden, die wachsende Einheit zwischen Rom und Altorientalen treibe einen Keil zwischen Altorientale und Orthodoxe. Ein nicht unbedeutendes Faktum ist, daß der Patriarch der äthiopischen Christen vor seiner ersten Reise in Rom Wien besuchte und daß sein Rombesuch von „Pro Oriente“ aus vorbereitet worden war.

Wieweit berühren diese Bemühungen von „Pro Oriente“ nun die Bevölkerung, die Mitglieder der jeweiligen Kirchen? Bleiben die Erfolge nicht nur auf Theologen und Amtsträger der obersten Ebene beschränkt? Im Gespräch verweist Präsident Pifffl-Perčević auf die *große Zahl der türkischen Gastarbeiter* in Österreich, die großteils aus Ostanatolien kommend der syrisch-orthodoxen Kirche angehören. Für deren Seelsorge steht in Wien beispielsweise eine eigene Kirche zur Verfügung, in der wiederholt auch Begegnungen zwischen katholischen Priestern und syrisch-orthodoxen Gläubigen stattfänden. Zu den großen Festen der in Wien vertretenen ostkirchlichen Gemeinschaften ergehen jeweils Einladungen an die katholischen Amtsträger. Es herrsche keinesfalls das Gefühl der Fremdheit, der Feindschaft, der Unterschiede in der Lehre, sondern lediglich der Eindruck, daß die Riten verschieden seien.

Vertrauensbildung durch Konferenzen und Reisen

Angesprochen auf die Ergebnisse, die die letzte *Reise* einer „Pro Oriente“-Delegation *nach Ägypten* und ins Heilige Land (22. Oktober bis 2. November 1982) gebracht hätten, sieht Präsident Pifffl-Perčević diese – neben Gesprächen mit Vertretern der verschiedenen Patriarchate in Jerusalem vor allem in dem Besuch beim konfinierten koptischen Patriarch Shenouda III., der ohne schriftliche Formalitäten vor sich ging und einerseits das Interesse anderer christlicher Kirchen am Patriarchen dokumentierte

und andererseits die gegenseitige kirchliche und auch politische Vertrauensbildung förderte.

Für die unmittelbare Zukunft stünden – so Pifffl-Perčević – keine solch spektakulären Aktivitäten bevor, wenn man von der Einladung der Patriarchate zur Teilnahme am Österreichischen Katholikentag absehe (ein ökumenischer Gottesdienst für die ostkirchlichen Gäste auch unter Einbeziehung von Gastarbeitern ist geplant). Es sei nicht auszuschließen, daß es intern zur gleichzeitigen Anwesenheit einiger Patriarchen *während des Papstaufenthaltes* komme. Man müsse sich ständig vor Augen halten, daß wirklich ökumenisches Wirken für die Kirchen östlich des eisernen Vorhangs aus politischen Gründen äußerst schwierig sei. „Es ist einfach unmöglich, noch näher an die katholische Kirche heranzurücken, ohne die eigene Kirche zu gefährden“, zitiert Pifffl-Perčević einen östlichen Patriarchen. Patriarch Athenagoras I. habe immer betont, daß nicht auf die Theologen gewartet werden dürfe, sondern es an den Kirchenführungen läge, die von ihnen verursachten Spaltungen zu überwinden.

Da der Wiener Erzbischof Kardinal König im Jahr 1983 sein 78. Lebensjahr erreicht, kommt zweifellos auch der Frage seines Nachfolgers im Amt des Kuratoriumsvorsitzenden von „Pro Oriente“ besonderes Interesse zu. Sicher haben die Aktivitäten der Stiftung auch von seinem persönlichen Einsatz, seiner kenntnisreichen Förderung und seiner feinfühligem Gesprächsfähigkeit über Glaubensunterschiede hinweg profitiert, für die Zukunft darf dieses Maß an persönlichen Voraussetzungen wohl nicht so leicht erhofft werden.

Leonore Rambosek

Kurzinformationen

Die Deutsche Bischofskonferenz hat **neue Richtlinien für katholische Beratungsstellen für die gesetzlich vorgesehene Beratung nach Artikel 218b, Abs. 1 erlassen**. Die Richtlinien haben den Zweck, die Normen für das Beratungswesen in Zusammenhang mit dem § 218 zu vereinheitlichen. Sie entsprechen in der Substanz den Weisungen, die bisher im Bereich Nordrhein-Westfalen Geltung hatten. Nach den bischöflichen Richtlinien ist das Ziel der Beratung „der Schutz des ungeborenen Lebens durch Überwindung der Not- und Konfliktlage, in der sich die ratsuchende Schwangere befindet“. Diese sei zur Fortsetzung der Schwangerschaft und zur Annahme des Kindes zu ermutigen. Gleichzeitig seien konkrete Hilfen, die *dem Ziel der Erhaltung und Austragung der Schwangerschaft dienen*, anzubieten bzw. zu vermitteln. In der Beratung, die als persönliche Aussprache stattfinden muß, soll auf die Situation der Ratsuchenden „unter der Berücksichtigung ihrer gesamten Lebensverhältnisse“ eingegangen werden. Die Schwangere sei zugleich, insbesondere aus der Sicht des Glaubens, darauf hinzuweisen, „daß niemand über das Lebensrecht des ungeborenen Kindes verfügen darf“.

Soweit die Schwangere einverstanden ist, sollen weitere Personen, insbesondere der Vater des Kindes und andere Angehörige, die zur Lösung des Konfliktes beitragen, könnten in das Gespräch einbezogen werden. Die Beratung sei *von der ärztlichen Indikationstellung streng zu trennen*. In einer katholischen

Beratungsstelle finde keine Indikationstellung statt. Es gelte sicherzustellen, daß Beratungsinhalte nicht Grundlage für eine spätere Indikationstellung verwendet werden. Die Mitarbeiter der Beratungsstellen seien deswegen nicht befugt, sich durch Gutachten, Stellungnahmen und Erteilung von Auskünften an einer ärztlichen Indikationfeststellung oder deren Vorbereitung zu beteiligen. Die Anerkennung einer katholischen Beratungsstelle erfolgt durch den zuständigen Diözesanbischof. Anträge auf *staatliche* Anerkennung katholischer Beratungsstellen dürfen erst gestellt werden, wenn die kirchliche Anerkennung durch den Diözesanbischof erfolgt ist. Die schriftliche Verpflichtung auf die Richtlinien ist Voraussetzung für die kirchliche Anerkennung, alle haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter müssen sich zu ihrer Einhaltung schriftlich verpflichten.

Am 20. und 21. November besuchte Johannes Paul II. Sizilien. Es war der erste päpstliche Pastoralbesuch in Italien, der sich nicht auf einen einzigen Tag beschränkte. Der Papst hielt sich zunächst im *Belice-Tal* auf, wo immer noch zahlreiche Menschen 14 Jahre nach dem Erdbeben von 1968 in provisorischen Barackensiedlungen untergebracht sind. In seiner Predigt sagte der Papst: „In einem an Geschichte, Zivilisation und christlichen Familientraditionen reichen Sizilien ist die Baracke eine Schande und ein